

Saale-Beitung.

Zehndreihziger Jahrgang.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Bezugspreis sind die Postgebühren unter Nr. 6553 einbezogen. Für die Redaktion verantwortlich: S. W. Oswald Köhn in Halle. Erscheinenszeiten von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr. (Herausgeber: Redaktion Nr. 2332. - Expedition Nr. 174.)

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., folche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unserer Annahmestelle mit allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntmachung des Heftes 75 Pfg. Eindeutig und vollständig: Samstags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 316.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 9. Juli

1902.

Betrohung der Redefreiheit in der Zollkommission.

Die Mehrheit der Zolltarifkommission beginnt nervös zu werden, was allerdings kaum zu verwundern ist, denn mehr und mehr schwindet die Aussicht, die erste Lesung der Vorlage bis Anfang August zu Ende zu führen. Die von den Sozialdemokraten befolgte Taktik, durch endlose Reden die Verhandlungen aufzuhalten, hat die Mehrheit der Zollkommission veranlaßt, eine Milderung der Geschäftsordnung zu erwägen, um eine Beschleunigung des Fortschritts der Verhandlungen zu erreichen. Auch vom Standpunkt entscheidender Gegenstände zur Zollvorlage muß man zugeben, daß parlamentarisch die Taktik der Sozialdemokraten nicht zu billigen ist. Derartig ausgeübte Reden, wie sie zur gegenwärtigen Zeit von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission gehalten worden sind, machen eine kommissarische Beratung kaum noch möglich. So nahmen in einer der letzten Sitzungen, die fünf Stunden dauerte, die Ausführungen des Abg. Baudert anderthalb Stunden. Bisher hatte Abg. Stadthagen den Ruf, der ausdauerndste Diskussionsredner zu sein; Abg. Baudert beugt sich nun mit Erfolg, ihm diesen Ruf streitig zu machen. Eine solche Diskursion in der Kommission, und gar noch in der ersten Lesung, ist durchaus zwecklos, und sie ist auch schädlich, weil dadurch die schugzöllnerisch-parasitäre Mehrheit, die in den meisten Zollfragen durchaus nicht eigig, immer wieder zusammengebracht wird. Auch muß sie dahin führen, daß durchaus berechtigte Anträge der Sozialdemokraten von der vergrößerten Mehrheit rundweg verworfen werden, während sie sonst Aussicht auf Annahme hätten. Auch die Bestrebungen der freisinnigen Mitglieder, Tarifermäßigungen zu erzielen, würden mehr Erfolg haben, wenn der Kommission mehr Zeit zu einer sachlichen Prüfung dieser Anträge übrig bliebe. So aber wird der Hauptteil der Sitzungen regelmäßig durch sozialdemokratische Demonstrationsreden in Anspruch genommen, und die Mehrheit beugt sich natürlich dann, möglichst schnell den Schluß herbeizuführen, um überhaupt zu einer Abstimmung zu kommen.

Wenn man nun aber auch diese Taktik der Sozialdemokraten nicht für richtig hält, wird man doch dem Plane einer Milderung der Geschäftsordnung entschieden widersprechen müssen. Anhebungen und Mittelhebungen, das Geschäftsordnungsbestimmungen erzwungen werden, die eine Einschränkung der Redefreiheit ermöglichen, sind den Mitgliedern der Linken bereits gemacht worden. Klammern sind die Herren vom Centrum um solche Anhebungen bemüht. Das stimmt allerdings wenig zu der Haltung der Centrumspresse, die sich früher entschieden gegen alle Pläne auf Milderung der Geschäftsordnung erklärt hat. Ob die Kommission überhaupt befugt ist, die Geschäftsordnung abzuändern, muß bezweifelt werden. Für die Kommission des Reichstags ist bekanntlich die Geschäftsordnung des Plenums und nur das Plenum konnte eine Milderung der geltenden Bestimmungen vorsehen. Freilich ist in der Kommission wiederholt von der Geschäftsordnung abgesehen worden, nachdem eine Veränderung unter den Parteien darüber herbeigeführt war.

Der Versuch, die Redefreiheit in der Kommission einzuschränken, würde zweifellos den entschiedensten Widerspruch der Linken finden und ausgeübte Erörterungen hervorbringen. Jeder Antrag würde mit Gegenanträgen beantwortet werden, und statt einer Beschleunigung der Verhandlungen würde eine Verögerung dabei herauskommen. Der Linken ist es gleichgültig, ob der Zolltarif in der Kommission einen Monat später fertig wird, und wenn er überhaupt nicht zustande kommt, dann kann es ihr auch recht sein. Die freisinnigen Mitglieder der Kommission halten sich streng im Rahmen einer sachlichen Verhandlung. Sie sind entschieden Gegner des Zolltarifs, aber sie wollen nicht die Hand dazu bieten, mit dem Zolltarif zugleich den Parlamentarismus zu Fall zu bringen. Jedoch muß auch von freisinnigem Standpunkt aus eine Milderung der Geschäftsordnung zwecks Einschränkung der Redefreiheit entschieden bekämpft werden. Die Geschäftsordnung ist zum Schutze der Minderheit da, und sie darf nicht unwillkürlich von der Mehrheit abgeändert werden, auch wenn diese sich aufzufande sieht, der Opposition auf andere Weise Herr zu werden. Hier heißt es: principia obsta! Wird dieser Weg einmal beschritten, so kann das für die Entwicklung unseres parlamentarischen Lebens geradezu verhängnisvoll werden.

Deutsches Reich.

Pol- und Verordnungs-Verhältnisse.

Der Kaiser verließ dem Geheimrat Krupp den Ehrenorden erster Klasse. Der baltische Generalstab in Berlin, Geh. Kommissar Ernst v. W. de. Esch. in Warschau, der infolge seiner furchtbar erfolglosen Verwendung in das Preussische Heerwesen seine Demission als Generalstab einreichte, an seine Stelle ist Paul v. Mendelssohn-Bartholdy, Militärdirektor des Kaiserlichen Heeres- und Artillerie-Departements, der baltischen Regierung mit der Führung des Berliner Generalstabes beauftragt worden.

Der evangelische Religionsunterricht in den höheren Schulen.

In den letzten Jahren ist in Bisthums-Konferenzen, in theologischen Fachblättern und in einigen politischen Blättern,

die sich nebenbei der Erörterung theologischer Angelegenheiten befleißigen, vornehmlich die Konferenzen der Religionslehrer über den evangelischen Religionsunterricht in den höheren Schulen diskutiert worden. Darin, daß er verbesserungsbedürftig sei, ist man wohl allgemein einig, aber die Art der Verbesserung geben die Meinungen aber weit auseinander. Die Orthodoxen sagen, daß die geübtesten Sächten der Bevölkerung sich mehr und mehr von der Kirche abwenden, sind aber unfähig, die Gründe dieser Abwendung zu erklären. Einer dieser Gründe ist zweifellos darin zu suchen, daß der Religionsunterricht in den höheren Schulen die Jugend vielfach geradezu abtödt. Wie soll z. B. ein Exegete ihm freudig folgen, wenn man ihm zumutet, die biblischen Geschichten in der ihm unverständlichen Sprache des sechzehnten Jahrhunderts zu lernen? Dafür hat unsere Orthodoxie kein Verständnis. Sie sucht die Lösung und Förderung des Religionsunterrichts auf anderen Wegen. Der Unterricht soll nicht von einem weltlichen Lehrer erteilt werden, sondern von einem „geistlichen“, d. h. einem Priester, der seine theologischen Examina bestanden hat und gar schon in der Seelsorge tätig gewesen ist. Und wenn einmal, wie in einer Artikelreihe des „Reichsboten“, sich orthodoxe Kreise sich jemand gegen diese Forderung ausspricht und die Ansicht vertritt, daß ein Lehrer, der nicht bloß in der Religion, sondern auch in anderen Fächern zu unterrichten berechtigt ist, geeigneter sei als der Pastor, so wird doch gleichzeitig verlangt, daß der Religionsunterricht lediglich von der Kirche abhängig. Der Lehrmittelfonds, der die Berechtigung zur Erteilung von Religionsunterricht erlangt hat, soll sich zunächst zur Verfügung des General-Superintendenten stellen, der ihn zur praktischen Ausbildung eines „Religionslehrerexaminierten“ oder einem berechneten Religionslehrer überweist. Ueber die Eignung des Kandidaten soll regelmäßig an den General-Superintendenten berichtet werden, der ihn „natürlich“ auch persönlich im Auge behalten muß. Wenn nach Ablauf eines Jahres die kirchliche Behörde ihn für geeignet hält, so wird ihm die Qualifikation zum Religionslehrer verliehen. Er muß sich dann dem Provinzial-Inspektorskollegium zur Ableistung des Probejahres zur Verfügung stellen. Religionsunterricht darf ihm nur in festen Einvernehmen mit dem General-Superintendenten erteilt werden; dieser erhält wieder regelmäßige Berichte über den Kandidaten und muß dessen Unterricht persönlich beaufsichtigen.

Ist der Kandidat so endlich nach Ansicht des General-Superintendenten zur Anstellung als Religionslehrer geeignet, so darf diese erfolgen, aber auch nur im Einverständnis mit dem General-Superintendenten. Um den Religionslehrer aber noch mehr zu fesseln, soll er nach dem Vorschlage des „Reichsboten“ zur entsprechenden Ausbildung seines Amtes kirchlich in Pflicht genommen und gewissenhaft ordiniert werden. Damit würde ihm endlich, was ihm namentlich heute noch fehlt, eine geordnete Stellung zur Kirche und damit ein wenigstens seiner Verantwortlichkeit dieser gegenüber und ein fester Boden unter den Füßen“ gegeben werden. Der Religionslehrer muß „verpflichtet“ werden, sagt der „Reichsbote“. Die Folgen dieser Verpflichtung auszumalen, wollen wir uns verhegen.

Politische.

Das Verhalten der preussischen Staatsbahnen in ihrer Tarifpolitik gegenüber den Wasserstraßen nennt die Handelskammer zu Berlin in ihrem letzten erschienenen Jahresbericht ungut und unfolgerichtig. Zur Begründung führt sie aus:

„Es geht doch nicht, daß die Eisenbahn in der Erhellung von Ausnahmefällen in der Regel so verfährt, als ob die Wasserstraßen nicht eigentlich zum nationalen Verkehrsnetze gehörten. Während sie nach den Vorschriften zum Umfange eines in einem Streckenlänge von 4,5 Pf., 3,5 Pf. und 2,5 Pf. verfahren, befreit sie es der Wasserstraßen des Rhein- und Main-Verkehrs mit einem Streckenlänge von 1,4-1,2 Pf. Der Eisenbahn-Ausnahmefall vom 1. Juni 1901 schlägt die Wasserstraßen der Mittelbeförderung ohne zureichende Gründe einfach aus. Es scheint man wirklich ganz vergessen zu haben, daß die Dampfschiffahrt, wenn auch privatrechtlich betrieben, ein Verkehrsmittel von ebenso allgemeiner Wirtschaftlichkeit die Vorzüge für billigen Frachterstellung auch voll zu ziehen lassen zu können, ist sie auf den Bestand der Eisenbahn angewiesen, und der wird ihr grundsätzlich verweigert. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn dasselbe Verbot, welchem der Ausbau und die Erhellung der Wasserstraßen dienen, auf der anderen Seite die Erhellung der Wasserstraßen durch seine Wirtschaftlichkeit die Erfüllung ihrer Aufgabe erschwert oder gar unmöglich macht. Wir führen es auf einen Fehler in der Organisation des Verkehrsministeriums zurück, daß die Interessen der Dampfschiffahrt denen der Eisenbahnverwaltung gegenüber nicht genügend zur Geltung kommen.“

Die Kaiserliche Handelskammer vertritt, daß die Eisenbahnen den Dampfschiffahrt den Stützpunkt, während die Wasserstraßen Ausgaben erheben.

Einem Reichstag erleben wieder einmal die Agitation in der Provinz Han. Der Reichsbote berichtet, daß die Agitation der Bauernschaft, daß namentlich trotz noch nicht abgeschlossener und rühmlicher Reklame häufig Flucht gemacht. Der Reichsbote ist davon überaus überrascht zu sein. Auch die Einzelverträge und der inoffizielle Graf Reventlow an die Soldaten die Kosten der Verhandlungen, auf die namentlich die alten Klagefälle von Einzel, daß sich die wirtschaftspolitische Lage sehr traurig gestalten werde, falls nicht die agrarischen Forderungen erfüllt würden. (Natürlich) Zustimmung wurde hierauf eine Resolution angenommen, in welcher der Erörterung Ausdruck gegeben wurde, daß die Mehrheit des Reichstages nur einem Reichstag für ihre Zustimmung gibt, „der einen politischen und wirksamen Schutz aller Produktionsgarantien“. Dem nahm Graf Reventlow, der Vorsitzende des

Bundes der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein die deutsche „Reichsbote“ erhebt ihn zum Reichstagsabgeordneten, trotzdem er kampflos gegen den freisinnigen Deming in Schamburg-Plappe durchgefallen ist) das Wort und erklärte nach dem Vindlerorgan, daß die Verhandlungen über den Zolltarif jetzt auf einem toten Punkt angelangt seien, und es sehr wahrscheinlich sei, daß die Arbeiten der Kommission bis zum Herbst zum Abbruch gebracht werden können, sollte dies aber der Fall sein, so werde hoffentlich der Entwurf dahin verschoben, wofür er gehört. Die Folge werde ein erhöhter Wahlkampf im nächsten Jahre sein, bei dem die Parole laute: „Schutz der nationalen Arbeit“, auf der anderen Seite „Abbruch und Verbrüderung“. Jede der Freunde der Landwirtschaft wie des gesamten Mittelstandes werde es dann sein, mit allen haben und falschen Freunden aufzuräumen, damit die Regierung sieht, wofür sie mit ihrer berechtigten Wirtschaftspolitik kommt. Ueber frisch einen eigenen Kandidaten aufstellen, als ein trauriges Komplement zu den Nationalliberalen!“ Mit dieser Verurteilung an die Nationalliberalen schloß Graf Reventlow. — Doch der Kampf, und zwar ein erhöhter Kampf, die einzige Lösung der Zolltariffrage sein wird, eine Auflösung, die wir längst betonten, geht auch hieraus wieder hervor. Darum fühme man zu fester Stunde, für ihn zu stehen.

Ein Brief Dr. Sängers, der dieser wenige Wochen vor seinem Tode an den Vorstand des „Reichsbote“ geschrieben hat, hat nach dem Monatsblatt „Die Dinnart“ folgenden Wortlaut: „Berlin, 30. März 1902. Hochgeehrte Herren! Die gültigen Worte, in denen Sie meines Wissens für die deutsche Sache im Osten aus Ihrem Libretto in eine neue Stellung gebracht haben, verbleibe ich zu herzlichem Dank. Aber in dem Verhältnis zu dem Preussischen Reichstag sind wir dem am ehesten die Gebenden, die Dinnart zu unterstützen, sondern die Empfangenden, die zu danken haben. Denn wenn wir auch als Nichtstörer unserer Arbeit uns selbst die Frage stellen: Wie fördern wir am besten die deutschen Interessen? — so beruht doch die Hoffnung auf einen Sieg der deutschen Sache gegenüber dem jüdischen Einfluss auf dem freikönnen Eintritte und dem neuen Kampf um die Freiheit der breiten Masse der deutschen Bevölkerung. Diese in einer Periode kleinmütigen Verzagen und gefahrrohender Schwäche zum Bewußtsein der eigenen Kraft gebracht, gegen den gemeinsamen Feind geeint und zu einer höheren Stufe für eine zielbewusste deutsche Politik gefähigt zu haben, ist das große, unauflösliche Verdienst Ihres Reichsbote. Die Dinnart, die alle deutschen Vaterlandsliebe sich immer kraftvoller entwickeln und gebelien.“ — Die Worte vom „treuen Zusammenhalten“ der deutschen Bevölkerung mögen sich unsere Beamten im Osten recht anlegen sein lassen.

Wirtschaftspolitische.

Die Lederrollen in der Reichstagskommission veranlaßten den Vorsitzenden des „Reichsbote“ Werber, Martin Salomon-Berlin, der Kommission die durch die erhöhten Gerbstoffpreise veränderte Lage eingehend zu schildern. Die Eingabe kommt zu dem Schluß, daß in Anbetracht der vorangehenden Erhöhung der Rölle auf Werkmaterialien die Herstellungskosten des Leders sich durchschnittlich um 17 Pf. für das Kilogramm steigern müßten, und daß ferner die zu erwartende Erhöhung der Anfuhr und Erleichterung der Einfuhr zum wenigsten zur Behauptung des Inlandsmarktes eine weitere Steigerung des Lederpreises um durchschnittlich 15 Pf. für das Kilogramm notwendig mache. Aus Gründen der Gerechtigkeit müßten mithin die Tarifsätze der Regierung bei Leder um 32 Pf. erhöht werden. Das wäre beispielsweise bei Leder von mehr als 3 kilo Nettogewicht statt 30 nummehr 62 M. für darüber ausgedrückt, daß infolge der erhöhten Rölle auf Werkmaterialien im Interesse der Lederproduzenten ein solcher Anstieg gesteuert werden müsse, dessen Folgen für die Leder verarbeitenden Industrien unabweisbar seien.

Die Eingabe der Handwerkerkammern an die Generalkommission des XIV., XV. und XVI. Armeekorps, in der um Einschränkung der Schießgüter des Handwerkerstandes durch die Auslösung von Handwerkerarbeiten von Angehörigen des Soldatenstandes bzw. durch Militärhandwerker getreten wird, ist vom XVI. Armeekorps folgende Antwort eingegangen:

M. H. 15. April 1902. Auf das gefällige Schreiben der Handwerkerkammer vom 17. März d. J. hat das Generalkommando Veranlassung genommen, einer Wiederholung der dort angegebenen Fälle von Beinträchtigung der Eisenbahnwerke durch Zusammenahme von Militärhandwerkern für die Zukunft vorzubeugen. Die Auslösung des Handwerkerstandes und die Auslösung der Angehörigen der Truppe muß indes aus denselben Gründen auch künftig beibehalten werden. Der Kommandant General: Graf v. Daxeler.

Das Generalkommando des XV. Armeekorps in Straßburg a. G. geht nicht zu, daß durch Angehörige der Truppebitten im allgemeinen ungeschickliche Arbeiten ausgeführt werden, die zu einer empfindlichen und dauernden Verschärfung des Eisenbahnwerkes führen. Im einzelnen kommt das Generalkommando: den Handwerkerkammern der Truppen (Schneidern und Militär-Büchsenmachern) ist auf Grund des Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 und des § 43 des Reichs-Mittelgesetzes vom 2. Mai 1874 nach Anmeldung zum Gewerbebetrieb der Privatgewerbebetriebe gestellt. Der Gleichen sind die Inhaberschneide (Aufschlagschneide) nach dem § 43 des Reichs-Mittelgesetzes zur Ausübung des Privatgewerbes berechtigt. Auch die Verwendung von Soldaten zur Ausbesserung der Kolonnen beruht auf gesetzlicher Grundlage. Gegen die Verwendung dieser Mannschaften ist um so weniger etwas einzuwenden, als aus dem dadurch gemachten Ertrahnen hilsbedürftigen Soldatenfamilien Unterstützung empfangen. Wehrlich äußert sich das Generalkommando des XV. Armeekorps in Karlsruhe. — Es ist dabei nur zu bemerken, daß sich die Auffassungen des Generalkommandos nicht decken.

* In dem am 20. Juni 1902 abgehaltenen Präsidialrat betrug der Wert der Auktionsausgaben aus dem des Großherzoglichen Sachsen und der Herzoglichen Sachsen-Meininger sowie Sachsen-Koburg und Gotha umfassen den Betrag des amerikanischen Generalanlehens in Koburg nach den Vereinigten Staaten von Amerika 5,954,315 Dollar gegen 3,449,100 Dollar im vorhergehenden Präsidialrat; es ergibt sich somit eine Zunahme um 115,200 Dollar.

* Die Auswanderung über Hamburg betrug im Juni 10,050 Personen gegen 9774 im Vorjahre. Im ersten Halbjahre wohnen 72,469 Personen aus gegen 47,226 im Vorjahre.
* Auf einer Konferenz der deutschen Konsuln in den osteuropäischen Ländern erklärte der Reichsrat Herr v. B. dass die Regierung keine Konzession habe, die Konsuln in eigene Regie zu nehmen, und auch ihre Verpflichtung in dieser Hinsicht nicht, Anlagensachen herzugeben für den Bau neuer Konsulate.

Richt- und Schul.

* Der von den Ultramontanen aus Anlaß des Würzburger Konstitutes schwer verdächtige Ministerialrat Franke wurde vom Prinsipalrat von Bayern verteidigt und durch die Führung der Geschäfte der Geheimkanzlei betraut während der Veranlassung des Vorfalls, des Generalabstimmens v. Weidenmann. Viele Tatsachen sind dem gegenwärtigen Triumphe der Zentrumspartei etwas nach zu sein. Die Ultramontanen in Bayern sind durch das energische Auftreten der Würzburger Professoren getroffen, ist geht aus folgendem Wortlaut des „Bayr. Cour.“ hervor:

„Würzburg zählt 43 wahrheitsliebende ordentliche Professoren. 22 von ihnen haben nicht leicht auszuwendigen die bekannte Erklärung unterschrieben und damit bezeugt, daß es auch ihnen in Bayern nicht mehr gefällt. Sie werden beifolgend sich auch nach und nach auf die Kontroversen dieser Tatsachen beziehen und einen großen Erfolg zu verzeichnen. Es wäre ein Segen für Bayern, wenn es von dieser Klause befreit würde. Aber wir fürchten sehr, daß bei ihrem goldigen Gehalt alles Reden — nicht Silber, sondern — nicht bleiben wird.“

Eine nette Tonart gegen Professoren. — Weiter den gegenwärtigen Stand der Dinge schreiben die „Münch. N. Nachr.“:

„Es steht dem Landesherren, also dem Prinz-Regenten, nach der Beschaffung der Befähigungsrecht der Schulen zum Senat und Rektor der Universitäten und notwendig deshalb auch die Entscheidung über die Annahme der Rücktrittserklärung vom Amte durch den Rektor und die Senatoren zu. Anmuthig wird das gesamte Ministerium genehmigt und dann dem Regenten zur Entscheidung vorgelegt werden.“

Vom juristischen Standpunkte aus betrachtet, steht vorläufig noch die Behauptung der Behauptung. Der Minister macht dem Rektor und dem Senat den schweren Vorwurf der Befähigung und des Mangels an Objektivität. Der Rektor und der Senat der Universität Würzburg protestieren gegen diese Anklage des Ministers, indem sie dem früheren Vorwurf erheben, daß die Anklage mit der Anklage in direktem Widerspruch stehe. Für alle, die den Streit in den Einzelheiten verfolgt und die eine genaue Kenntnis der Vorgänge haben, kann nicht zweifelhaft sein, zu wessen Gunsten wohl entschieden werden wird. Von einer eigentlichen Entscheidung, wie die Affäre in einem unparteiischen Gremium genannt wird, kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Auch die Mitteilung, daß der Rektor magnificus der Universität Würzburg auf ausdauern verbannt nach München „gerufen“ worden ist, dürfte in dieser Hinsicht unzutreffend sein. Man wird doch dem Würzburger Rektor nicht zumuthen, in dem gegenwärtigen Stadium mit dem obersten Chef der Kultusverwaltung zu verhandeln.“

Die Annahme, daß die Tage des Kultusministers v. Landmann geahnt seien, gewinnt wieder an Wahrscheinlichkeit. In München überläßt sich die Auffassung, daß v. Landmann Regierungsräsident von Oberbayern werden wird. Dieser Posten werde aber erst zum 1. August frei.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die öffentliche Versammlung, in der am 8. d. Graf Pückler in Berlin sprechen wollte, ist vom Polizeipräsidenten, aus Versehen, als sich bereits politische Gründe geltend gemacht § 10 Titel 17 Teil II Allg. Landr. untersagt worden, weil nach den Vorgängen in der letzten derartigen Versammlung eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dabei zu erwarten sei. — Dieses Verbot können auch die Gegner der Pückler'schen Bestrebungen als gerechtfertigt nicht anerkennen. Das Versammlungsrecht ist durch ein besonderes Gesetz geregelt und unterliegt nicht den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts.

Parlamentarisches.

* Die Württembergische Kammer der Abgeordneten nahm den Antrag des Centrumspartei § 10 Titel 17 Teil II Allg. Landr. mit 43 gegen 34 Stimmen an.

Soziales.

* Die unentgeltliche Ueberlassung häuslicher Grundstücke zur Errichtung billiger Arbeiterwohnungen bewilligte der Rath der Stadt Chemnitz. — Es handelt sich hier um einen bemerkenswerthen sozialpolitischen Schritt, den man auch außerhalb mit berechtigtem Interesse verfolgen wird.

Arbeiterbewegung.

* Eine von 2000 Personen besetzte Versammlung der Zimmerer in Hamburg nahm eine Resolution an dahingehend, dem Reichstag vorzuschlagen und mit der Annahme nicht zu verhandeln.

Heer und Flotte.

* Das Bündnis des Divisionskommandeurs, Generalleutnant v. Bod und Polach, der, wie gemeldet, bei einer Attende der 1. Division Dragoner von der Wange eines Dragoners an Kopf und Gesicht schwer verletzt wurde, hat sich so weit gebessert, daß der General die Knie in Ruhe und die erste Hilfe nicht verweigern lassen und zur weiteren ärztlichen Behandlung nach Königsberg i. Pr., seinem Wohnsitz, überföhren konnte.

* In Gelle ist der Generalmajor z. D. Hermann Mertens im 78. Lebensjahre gestorben, der sich im Kriege gegen Frankreich das Eisene Kreuz I. Klasse erworben hatte.

Wit der Führung der 21. Feldartillerie-Regiments für den verstorbenen Generalmajor Mertens ist der Oberst Schreiber, bisheriger Kommandeur des 4. Feldartillerie-Regiments in Magdeburg, ernannt worden.

* S. M. S. „Gania“ ist mit dem 2. Admiral des Kreuzergeschwaders, Kontrabandier v. Kiehl an Bord, am 7. Juli von Qingtau in See gegangen. — S. M. S. „Schwalbe“ ist am 7. Juli in Shanghai eingetroffen und geht am 14. Juli von dort nach Tsingtau in See. — S. M. S. „Blitz“ ist am 8. Juli von Hongkong in See gegangen.

* S. M. S. „Falk“ ist am 7. Juli von St. Thomas nach St. Croix in See gegangen.

* Die Seefregatte „Blitz“ ist am 7. Juli an Kiel kommend in Cuxhaven eingetroffen und am 7. Juli wieder in See ge-

gangen. — S. M. S. „Pieten“ ist am 6. Juli in Verdol eingetroffen und geht am 8. Juli wieder in See.

Konkurrenz.

* Bei der Schürpfer für Deutsch-Dänische Fahrt die Dänische Kreuzer „Niemann“ unter Führung zu Sankt Peter, vollständig ohne Patent, zu Konkurrenz erkannt worden. Hauptmann Knag gehörte der Schürpfer seit 1. Juni 1901 an, nachdem er vorher im 14. Regiment gestanden hatte. Hauptmann Niemann ist erst vor wenigen Wochen aus dem 76. Inf.-Regt. zur Schürpfer übergetreten.

Ausland.

Rödig Erhard VII.

Schon wieder kommt aus London eine Nachricht, die den Glauben erwecken muß, als werde der König in wenigen Tagen wieder so weit hergestellt sein, daß er eine Reise unternehmen kann. Gener. Wieding zufolge wurde die königliche Yacht „Victoria“ am 18. d. in die Einfahrt des Königs (in 14 Tagen) bereit gestellt. Das Schiff erhält eine neue Turmmaschine, da die vorhandene das Schiff zu sehr erschütterte.

Polnische Demonstration in Lemberg.

Ein vom Lemberger Universitäts-Professor Dybowski, von dem „unabhängigen polnischen Sozialisten“ M. Kreter, mehreren Lemberger Gemeinderäthen und anderen Persönlichkeiten unterschriebener Aufruf zur Behebung des Gebetsgesetzes der Schläger bei Lemberg (Lemberg) weist in der Einleitung auf die „polnische Revolution“ in Ostgalizien und Preußen hin, wo die „polnische Revolution“ verfliegen sollte und führt dann aus, daß man den Polen das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit nicht rauben könne. Der Aufruf fordert die Studenten und die Lemberger, die bei Lemberg vor der Führe der gemeinsamen Idee neben polnischen und lituanischen Bürgern gekämpft hätten, an der Führe teilzunehmen, um zu beweisen, daß es nicht allein um den Existenzkampf der Polen, sondern um einen Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung der Völker handle. Alle Zeitungen in Lemberg, welche diesen Aufruf im Wortlaut abdrucken, werden keine bei der Jagd nam.

Zur Ange in Kuba.

General See, der frühere amerikanische Generalkonsul auf Kuba, ein anerkannter Kenner der kubanischen Verhältnisse, veröffentlicht, wie der „Midd. Sta.“ geteilt wird, die großen Schwierigkeiten, die Kuba an der Schwelle der Anarchie stehe. Zunächst sei ein finanzieller Zusammenbruch zu befürchten, weil die Einnahmen Kubas allein aus den Zöllen kämen, letztere aber, seitdem die Amerikaner die Zölle verlassen hätten, stark im Abnehmen begriffen seien. Das kubanische amerikanische Geschäft sei im vollsten Niedergange, weil das Vertrauen verloren gegangen sei. Ferner ständen schlimme Missernten im Felde der Ager bevor, die früher der Fruchtbarkeitsanregung angehört haben. Nicht weniger als 40,000 Kubaner verlangten die Zahlung des rückständigen Soldes. Dazu komme das Sinken der Börsen, gegen den Präsidenten Palma, der hauptsächlich nur von einer kleinen Partei gewählt worden sei. Die von den Amerikanern eingerichteten Schulen und Vereinen in gesundheitlicher Beziehung seien schon im vollsten Verfall, weil die Beamten nicht bezahlt würden. Eine vorläufige Rettung der Republik sei nur möglich durch sofortige Gewährung von Sonderbeiträgen von Seiten Amerikas, insbesondere für Zucker und Tabak. Wenn das nicht geschehe, sei die Anarchie sicher; das aber würde gleichbedeutend sein mit einem Eingreifen Amerikas und der Einverleibung der Insel.

Frankreich.

Die 3-proz. französische Rente soll in eine Prozentagio umgewandelt werden.

Sibirien.

Endlich wird auch von russischer Seite zugegeben, daß die Klärung der Mandchurien durch Russland noch nicht begonnen habe. Offenbar wird diese Klärung sobald auch noch nicht erfolgen, wenn sie überhaupt jemals geschieht. Die jüngsten Unruhen in China bieten den Russen einen scheinbar nicht unwillkommenen Vorwand, ihre Truppen in der Mandchurie zu belassen.

Unter Führung des Bischofs Mateos ist eine abessinische Mission in Petersburg eingetroffen.

Vertragsverhandlungen.

Schwagerrecht zu Halle.

Salle, 8. Juli.

In der heutigen Sitzung, der letzten der letzten Schwagerrechtsperiode, kamen zwei Fälle Sittlichkeitsverbrechen zur Verhandlung. Dem Vorsitz übte Herr Landgerichtsrath Dr. jur. Giesele. Als Vertreter fungirten Herr Landgerichtsrath S. im und Herr Landgerichtsrath Dohner. Die förmliche Staatsanwaltschaft war vertreten durch Herrn Gerichtssekretär Dr. jur. Hansen. Die Geschworenen wurden angeleitet durch: Vorsitzender Wilhelm Lehmann aus Naumburg; Schriftführer Heinrich Dübber, aus Naumburg; Vorsitzender Emil Schatz aus Naumburg; Schriftführer Oskar Köpcke aus Naumburg; Richter Ferdinand Hiele aus Naumburg bei Leida (Salle); Vorsitzender Gustav Ulrich aus Hohenstein; Richter Gustav Berend aus Halle; Kaufmann Hermann Häcker aus Halle; Richter Wendrich Adolph aus Halle; Kaufmann (Goldhändler) August Schäfer aus Halle; Richter Gustav Meyer aus Leinbach bei Naumburg. Zur ersten Sache erklärten drei aus Untersuchungsrichter Angelegte: der Bergmann Gottlieb Fiebert, der Bergmann Richard Heinrich und der Bergmann Ernst Maal, sämtlich aus Helbra bei Eisenberg. Es wurde ihnen das Verbrechen der vollendeten Nothdurft zur Last gelegt, dem Angeklagten Heinrich Fiebert, bisher unbescholt, im Alter 28 Jahre alt, aus der Provinz Polen gebürtig, verheiratet, bisher nur einmal wegen grober Unfug bestraft mit einer kleinen Geldstrafe, Heinrich stammt aus Magdeburg, ist 24½ Jahre alt, verheiratet, einmal bestraft wegen Hausfriedensbruchs mit 30 M. Geldstrafe. Maal ist 20½ Jahre alt, aus Helbra gebürtig, unbescholt, bisher unbescholt. Die Angeklagten haben erwidertes Verbrechen in der Nacht vom 14. zum 15. Juni d. (Sonntag zum Sonntag) auf dem Wege von Helbra nach Wendorf an einem 17jährigen Mädchen, einer Arbeiterin aus Wendorf bei Eisenberg, verübt. Die Verhandlung geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Liebert und Heinrich waren nur teilweise geländig und vertheilt, sie mit Unzufriedenheit, in der sie sich damals befinden haben wollten, zu entlassen. Maal bezichtigte die Mitangelegten und gab freiwillig den Verühten erwiderten Verbrechen an. Am 14. Juni war in Helbra Jahresmarkt und zugleich Sonntag für die dortigen Bergleute. Gegen 10 Uhr abends war das betreffende Mädchen völlig unbekleidet, während mit keinem Mädchen, einem jungen Bergmann aus Naumburg, vom Hofmarkt fortgegangen, um

nach Wendorf zurückzuführen. Vor dem Dorfe Helbra geleitet der Begleiter des Mädchens in eine Schlägerei, wobei er von dem Mädchen getrennt wurde und letzteres sich geländig, jedoch weiter zu gehen. Dann geleitet sie Helbra und zwar zunächst durch Helbra, geländig, in der Nacht getriebene Mädchen um Schutz gebeten hatte. Des Mädchens Begleiter war nach einiger Zeit mit einigen anderen Bergleuten an den Thortor gekommen, und es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der Liebert höchste Strafe bekommen hatte. Die Angelegten boten um Bewilligung mit anderen Umständen. Der Bruch der Geschworenen lautete gegen Liebert auf Schuldig der vollendeten Nothdurft, gegen Heinrich und Maal auf Schuldig der verühten Nothdurft. Allen drei Angelegten waren von den Geschworenen mildernde Umstände ausgestellt worden. Liebert wurde verurtheilt zu 1 Jahr 6 Mon., Gefängniß, Heinrich zu 1 Jahr 9 Mon., Maal zu 9 Mon., Gefängniß. Die Angelegten erklärten, sich bei dem Urtheil beunruhigen zu wollen.

Zur zweiten Sache erschienen zwei Angelegte: Die Dienstmädchen Paul F. er und Albert F. er man in aus Gericht bei Helbra, angeklagt wegen gewaltthätiger Verbrechen nach dem Tod eines Mannes. Sie wurden aus Untersuchungsrichter vorgeleitet. Werner ist erst 16 Jahre 11 Monate alt, aus Helbra bei Helbra gebürtig, einmal bestraft mit einem Zwangs wegen schändlicher Verleumdung, die er an einem Mädchen in unrichtiger Weise begangen hatte. Niemann war nur teilweise geländig. Das Urtheil lautete gegen Werner auf 9 Monate, gegen Niemann auf 6 Monate Gefängniß.

Hiemit schloß die vierte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Sie umfaßte 8 Sitzungstage, an denen 9 Angelegte gegen 14 Angelegte, 12 männliche, 2 weibliche — erklagt wurden und zwar ein Fall in Helbra, wurde als sittlichkeitsverbrechen angesehen. Eine Angelegte ein Fall vorläufige Bronchitis — 2 Angelegte; 7 Fälle Sittlichkeitsverbrechen — 11 Angelegte. Ein Fall davon wurde als sittliche Verleumdung erkannt. Strafen wurden folgende insgesamt: 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, 10 Jahre 5 Monate Gefängniß, 10 Jahre 6 Monate Gefängniß, 10 Jahre 11 Monate Zuchthaus, das niedrigste 2 Monate Gefängniß. 2 Angelegte wurden freigesprochen.

* In der Schwurgerichtsverhandlung vom 7. Juli wurde der Gelehrter F. er zu 9 Jahren nicht zu 9, sondern nur zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung aus dem Morgenblatt.)

Leipzig, 8. Juli.

Des weitern trafen sich die Sachverständigen eingehend über den Geschäftsbericht für 1900 an.
Direktor F. er man bemerkt, schon betreffs des Berichtes über 1899 habe er sich geäußert, daß das Verhältnis mit Kapital erhöht werden mußte. Das Urtheil über die Sachverständigen eine bedeutende Erhöhung erfahren. Vor allem mußte über den Emittionszins etwas gesagt werden. Wenn eingeworfen wurde, daß es nicht üblich sei, in den Jahresberichten über die Verbindungen mit Kunden Mittheilungen zu machen, so mußte er sagen, daß unter gewissen Umständen eine solche Mittheilung habe. Wenn Verbindungen in großen Verlöthen seien so langer Fälligkeit der Aktivität geführt haben, so dürfen sie nicht verweigert werden. Er fügte nur zu dem Schlußselbst gelangen, daß die Bilanz von 1900 das Bild der Bank nicht so verzeigere, wie es eigentlich der Fall sein sollte, sondern man hatte schon lang daran gearbeitet.

Jährliches Momentbild für den 31. Dezember 1900

zu geben. Eine Vermuthung des Betrages der Engagements mit Kapital war unmöglich, denn wenn bekannt würde, daß die Engagements 52 Millionen Mark betragen, so konnte es leicht kommen, daß ein Staatsanwalt auf Grund des § 312 des Handelsgesetzbuches gegen den Aufsichtsrath wegen Nichtbeachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Vorsicht einschreiten würde. Aber die Wahrscheinlichkeit der eingegangenen Verpflichtungen wurde getreift werden und daraus war dann herzuweisen, daß eine Dividende von 9 Proz. nicht verteilt werden konnte. Es war z. B. möglich, im Geschäftsbericht anzugeben, daß die Verbindungen mit Kapital nicht zu den günstigsten Verhältnissen geführt habe, welche man erwartete. Eine solche Angabe wäre immerhin genügt. Der sich anschließende Bericht des Aufsichtsraths führt sich, wie dies naturgemäß geschieht, auf die Revision des Bilanzbuches. Hatte der Aufsichtsrath Kenntnis von dem Separatbuchhaltung, so dürfte der Geschäftsbericht in der vorliegenden Form und besonders die 9 Proz. Dividende nicht genehmigt werden. Diese Ermahnung mußte auch noch aus einem anderen Grunde kommen. Alle Hoffnungen, die auf Kapital geleist worden waren, hatten sich nicht erfüllt. Auch die Bilanz war nur ein

Nichtentfaltung des Herrn Schmidt.

Vorstand und Aufsichtsrath dürften nicht Millionen von Reichthümern, ohne selbst nachzuweisen, denn dann wäre es überflüssig, sich wiederholend zu sein. Er fügte nur zu dem Schlußselbst gelangen, daß die Bilanz von 1900 das Bild der Bank nicht so verzeigere, wie es eigentlich der Fall sein sollte, sondern man hatte schon lang daran gearbeitet.

Sachverständiger Haupt-Konflikt: Zu der Hauptfrage, ob im Bericht etwas über die Verbindung mit Kapital zu erwähnen war, mußte er bemerken, daß es ja im allgemeinen nicht üblich sei, die Verbindungen in Geschäftsberichten etwas zu sagen, und man hätte dem Direktor F. er nicht unrecht geben, wenn er behauptet, ihm sei in der Praxis so etwas noch nicht vorgekommen. Aber es ist ihm, dem Sachverständigen, auch kein Fall vorgekommen, daß sich eine Bank mit 88 Millionen Mark Kapital an einem einzigen Unternehmen mit 88 Millionen Mark betheiligte.

Es wolle dürfte nicht verweigert werden, unbekannt um die Folgen, einerlei, ob Vorstand und Aufsichtsrath angeklagt werden oder nicht. Es ist nun möglich worden, daß die Leipziger Bank nicht 9 Proz. Dividende zahlen dürfte. Legt man auf die Höhe der Dividende Gewicht, so wird man auch 4 Proz. Dividende zu hoch finden müssen. Geht weiter, daß sie keine feste Lebensversicherung des Vorstand und Aufsichtsraths hatten, so wolle, als das Geld behalten zu können und nur feste Dividende zu zahlen. Die Mittel bei der Leipziger Bank waren knapp und es wurden schon Transaktionen zur Befreiung von Geldern ausgeführt. Aber was würde die Folge gewesen? Der Aufsichtsrath hätte sich nicht genügt und das Mittheilen hätte sich nicht genügt. Es ist nicht abzuwarten, was die Bilanz übrig, als die Dividende zu geben oder zu sagen:

Das Ende ist da.

Was die Bilanz betrifft, so hatten die im Konto-Korrent ankommenden Deduktionen nicht den angegebenen Betrag gehabt, denn unter den Deduktionen befinden sich die schon mehrfach erwähnten abgetretenen Kapitalerforderungen. Es waren also die Deduktionen

Eröffnung von Contocorrent- und Check-Contis, Discount, und Incasso von Wechseln und Checks, **Au- und Verkauf**, sowie Lombard sämtlicher an der **Londoner Börse** gehandelten Werthpapiere. Eingehende briefliche und telegraphische Auskunfterteilung. Feste Anstellung von **Prämien** in **süd-afrikanischen Minen** und **Landgesellschaften** (Käufe mit beschränktem Risiko), welche gegenwärtig ausserordentlich grosse Chancen bieten. —

The FINANCIAL and COMMERCIAL BANK, LIMITED

(Finanz- und Handelsbank A. G.)
Kapital Lstr. 300.000 Fully paid. Aktienkapital RM. 6.000.000 voll eingezahlt.
28 Clements Lane, London, E. C., Lombard Street.

Namens des Verwaltungsraths der Präsident
Lord Charles Robert Pratt, Oberstleutnant a. D.

Der Secretär: C. A. Weikert.

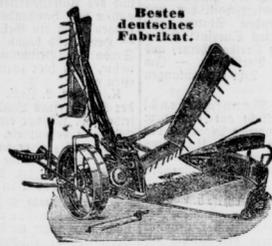
Abschriften.

Waldkarten, Abschriften, Sand- u. Abschriften, topographische Arbeiten (Goldscheiben) aller Art fertigt sorgfältig und schnell an
Hermine Müller, Breitenf. 22 II.

Das verheiratete
6. und 7. Buch Mosis,
das Geheimnis aller Geheimnisse, angeblich interessant, Original-Ausgabe, enthält 750 Worte nur 3,00 Mark.
Dr. Zedlitz, Berlin, Weidenstr. 21.
Außerordentlich billig und doch gut!

Elegantes, feines Damenrad in folgender guter Ausstattung, 20 u. wegen Gasse, empfiehlt unter Garantie gegen Namenbruch
Einzigste Fahrrad-Fabrik Mühlenbau in Thüringen.
Hilfe gegen Bluthoch, Magen, Darmura, Blimes. Wca 12.

Gras- u. Getreide-Mähmaschinen,



Bestes deutsches Fabrikat.
sowie **Rechen**
in vorzüglicher, bewährter Construction, dauerhaft gearbeitet u. leichtzügig, empfiehlt zu billigsten Preisen u. constantesten Zahlungsbedingungen

Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen
F. Zimmermann & Co., Act.-Ges.
Halle S. Filialen: Berlin C., Lüneburg, Schneidemühl.
Kataloge auch über alle anderen landwirthschaftlichen Maschinen gratis u. franco.

Photographie

Beneckert, Große Strasse 29, 13 St. Nishbilder Nr. 4, 50, „ Cabinetbilder Nr. 12. 1885

Düten! Papier!

Zum lieblichen Verschließen von Briefbüchsen empfiehlt
echt Pergamentpapier, imit. Pergamentpapier, feinstes Pergamentpapier in Original-Bogen und geschnitten.

Düten in 5 Pfd.-Packungen zum Centner-Preis.
Cigarren-Beutel in allen Größen an ästhetisch billigen Preisen.

Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

! Konkursmasse!

Das zur **Fritz Roth'schen** Konkursmasse in Aischersleben gehörige, hauseigentlich aus **Herren- u. Knaben-Garderobe** bestehende **Warenlager** soll im Ganzen verkauft werden. Verkaufstermin wird im **Roth'schen** Verkaufsstelle in Aischersleben, **Beckenstraße 32**, hierdurch auf **Freitag den 18. Juni, Vormittags 11 Uhr** ausseramtlich die **Bestandteile** zum an genannten Tage von **Vormittags 9 Uhr** an vorgenommen werden.
Kaufbefugte haben im Termine vor Abgabe eines Gebotes eine **Stimmungs-Rechnung** von 500 Mark in Bar an hinterlegen.
Das gefaltete Lager ist bis **Freitag 21. d. c.** gegen **Barzahlung** zu übernehmen.
Das Verkaufsstelle ist noch nicht wieder vermietet.
Das **Rechtliche** Geschäft ist noch **in** die **Waren** daher nicht veräußert.
Aischersleben, den 5. Juli 1902.
Der Konkurs-Verwalter,
D. Döbner.

Georg Thienemann,

Teleph. 399, Schillerstraße 42, Teleph. 399.
Elegante Compés u. Equipagen
für Visiten, Hochzeiten, Kindtaufen, Beerdigungen, Spazierfahrten u. s. w.
Specialität: Hochzeitsfahrten u. Taxameter-Betrieb.

Coul. Oberhemden

mit festen Manschetten und weicher Faltenbrust, unbeschreiblich angenehm im Tragen, Stück von Mk. 3,75 an.

Gebirgs-Loden-Joppen v. Mk. 8,50 an.
Leinene Joppen für Garten und Feld.
Havelocks, Reise-Mäntel, Echt Grazer Lodenhüte (leicht).
Sport- u. Reise-Mützen, Sport-Stroh Hüte, Rucksäcke,
Gamaschen, Touristen-Taschen, Reise-Koffer, Reisetaschen, Reise-Necessaires, Reise-Hemden, Reise-Flaschen, Reise-Placids, Reise-Stiefel, Reise-Schuhe etc. etc.
O. V. Borchert,
Bazar f. Herren, Farnspr. 1191.
Gr. Steinstr. 10, Bankhaus Ernst Haassengier & Co.

Specialität: **Engl. u. Wiener Hüte.**

Otto Töpfer, Rother Thurm,

hält fortwährend großes Lager in Goldstickern, Weisefächern, Kellner-Tafeln und Sandsteinen zu sehr billigen Preisen.

Wäbtermeister Gr. Mäckerstr. 23.

Briefumschläge

mit u. ohne Druck i. viel. Sorten liefert billiger als die Fabrik von **Musker France**!

L. Keesberg, Hofgasse 12.

Kaufe in der Zeit!

Den letzten Restbestand solider, moderner **Seiden-Quantitäten** für Sommer, will ich jetzt zu **Extrabest** günstig abverkaufen.

Jede Lage an dieser **ausgezeichneten Kauf-Gelegenheit** soll ich ein, und bemerke noch, daß **ältere Sachen** für den halben Werth abgeben.

A. Wegerich,
Brüderstr. 2 (Dolloria).

Ein reizender, eben importirter

Blichory-Atlantikwagen, noch nie gefahren, bequem einsteigen, in Umfänge halber für 480 Mark zu verkaufen. Offerten erbeten unter **7039 P.** an die Exped. d. Bl.

Ein sehr gut erhalt. halberverkaufter

Kutschwagen (Fabrikat Enders) billig zu verkaufen. **Barfüßerstraße 19.**

Cacao

von **Santen, Hesse, Schöber, Mader, Dornig & Nagel, Prof. u. Weingärtner, Cacao, Dr. Sabina's Nährsalzcacao.**
A. Krantz Nachf.,
Gr. Steinstr. 11, Agentur 2064.



Sparsame Hausfrauen

verwenden für **Wäsche** und **Hausbedarf** mit Vorliebe

Elfenbein-Seife * * *

* * * **Veilchen-Seifenpulver**

Marke „**Elefant**“ von

Günther & Haussner,

Chemnitz-Kappel.

In fast allen Materialwahren, Drogerie- und Seifen-Geschäften zu haben.

Auction.

Donnerstag, den 10. d. Monats,

2 Uhr **bestehende** **ich** **Geleit.** **39** in **Reichthum** **metall.** **act.** **Barz.** **1** **gr.** **Polien** **reinnoll.** **elegante**

Herren-Steidestoffe,

1 **Partie** **Damen-Beutel** **u.** **Mäntel.** **J.** **Stemmer.**

verkauft. **verste.** **Taxator** **u.** **Auctioneer.**

Mit 2 **Beisitzern.**

Gerichtlicher Wein-Ausverkauf.

Die **Wein- und Spirituosenbestände** der **Fabry & Schmidt'schen** **Konkursmasse**

werden zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** **ausverkauft.**

Freistellen **haben** **auf** **Wunsch** **zur** **Verfügung,** **und** **werden** **Proben** **haben** **zu** **darin** **aufgeführten** **Preisen** **abgegeben.**

Madeburg, **Der** **Konkursverwalter,** **Berliner** **Strasse** **30/31.** **Ed. Schellbach.**

HAUSE-EPOCHE.

Umständes Regenschirmen von **Goldern** zu **3-400** **erleidet** **derzeit** **verkauft!** **Wieder** **zum** **Belegeneit** **zur** **sofortigen** **Erlangung** **größerer** **Gewinne** **bei** **begehrtestem** **Stück.** **Schnelhefter** **erhöhter** **Barzahlung** **erbetet** **sich** **auf** **Erteilung** **von** **Rath** **und** **Leitung.** **Redaction,** **Industrie,** **Wolffstraße** **10,** **Wass. 5.**

Echter Emmenthaler Schweizer Käse.
à 100 S.
H. Krause HALLE A.S.

Feine Molkerei-Butter 104 Pfg.

Gr. Ulrichstr. 44, Leipzigerstr. 23, Alter Markt 18, Gr. Steinstr. 39.
F. H. Krause
Thomasmühlstr. 40, Steinweg 24, Bernburgerstr. 16, Burgstraße 7.

Für den Einzelverkauf verantwortlich: G. Wechsung in Halle.

Sommerneyer & Co.,

Magdeburg. (Gegr. 1848).

Vierfachter der Reichsbank in Berlin und Filialen, sowie erster Banker des Inn- und Auslandes.

Fabrik feuer-, fall-, diebes- und thermischerer Kassenschränke, Tresor- und Safes-Anlagen, Safes-Schränke etc.

Wir haben eine vollständige Kon-Struction unserer Fabrikate eingeführt und verziehen daher über ein sehr großes Lager ein- und auswärtsiger, feuer- und diebesfesterer Banker-Geldschränke der früheren Bauart, welche wir zu außerordentlich billigen Preisen abgeben.

Für die Gebrauchs- und Zweckmäßigkeit auch dieser Kon-Struction bürgt unser langjähriges Renommée.
Kataloge und Preisverzeichnisse kostenlos.

Strohhüte

das Neuheit und Eleganz der Saison empfiehlt preiswerth **Christian Voigt,** Schmeerstr. 21.

Paul Linke's Aleuronat-Gebäck-Fabrik

Salle a. E., Leipzigerstr. 1, alleiniger Vertreter von Aleuronat-Gebäck für Halle u. Umgegend, empfiehlt

Aleuronat-Brod für **Unterfranke** und **Magenscheidende.**
Aleuronat-Zwieback
Aleuronat-Bisquits
für **Reconvalscennten,** **Wöhnerinnen** und **schwächliche,** in der **Ernährung** **ausgeglichene** **Kinder.**
Das **Aleuronat-Gebäck** ist in höchsten Diätetischenkreisen und anderen Krankenhäusern mit **Erfolg** in Anwendung und wird nach ärztlicher Vorschrift in **genauer** **Dosirung** **angewendet.** Die **Garbation** **steht** **unter** **stündlicher** **Controle** **des** **vereinigten** **Rathungs-** **mittels** **Genitters** **Dr. Wilhelm** **Lenz,** **Salle** **a. E.**
Halle Druck und Verlags von Otto Gendel.

